Wir fordern Brüning als Führer
(Siehe Seite 3 und 5)

Der gerade Weg

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.

HERAUSGEBER: DR. FRITZ GERLICH
Schriftleitung und Verlag: München, Hofstatt 5, 2. Stock
Postscheckkonto München Nr. 2426 / Telephon 93378/93379

Illustrierter Sonntag

Einzelverkauf: 20 Schw. Rappen
Bezugspreis mon... Zustellge-
bühr und kost... sicherung

Nummer 28 — München, den 10. Juli 1932

Deutschlands Ausverkauf:
Zum ersten — zum zweiten — zum dritten — Reich!

1000 Prinzen und ein Schlosser

Zur Naturgeschichte der Nat.-Soz. Deutschen „Arbeiterpartei"

Schwerstarbeiter als Mitglieder oder Freunde

Kronprinz Friedrich Wilhelm v. Preußen, Kaiserliche Hoheit,
Prinz August Wilhelm von Preußen, Kgl. Hoheit,
Herzog Eduard von Koburg,
Prinz Friedrich von Schaumburg-Lippe,
Prinz von Waldeck,
Prinz Arenberg,
Prinz Franz von Thurn und Taxis,
Prinzessin von Meiningen,
Prinzessin Reuß,
Fürst Starhemberg,
Fürst Eulenburg-Liebenberg,
Graf zu Reventlow,
Graf Schwerin,
Graf Spreti,
Graf Helldorf,
Graf Solms-Laubach,
Graf von Kleist,
Graf du Moulin,
Freiherr von Eltz-Rübenach,
Freiherr von Wangenheim
usw. usw.

Weitere Schwerarbeiter

General von Epp,
General von Litzmann,
General von Liebert,
General Freiherr von Geislingen,
Oberst Hierl,
Oberst Haselmeier,
Hauptmann Röhm,
Hauptmann Göring,
Großgrundbesitzer Freiherr von Buttler,
Großgrundbesitzer von Corswant,
Großgrundbesitzer von Heimendahl,
Großgrundbesitzer Freiherr von der Goltz
usw. usw.

Der arme Prinz

In Braunschweig sagte Prinz August Wilhelm nach dem Bericht der „Braunschweigischen Landeszeitung", er sei ein pensionsloser, nicht eben reichlich dotierter vierter Sohn eines deutschen Gutsbesitzers. — Und nach den „Völkischen Beobachter" vom 29. Januar 1932 sagte er in einer Bonner Studentenversammlung, die Kohlrübenrevolte 1918 habe ihm seine Vorrechte genommen, er sei durch eine Leidensschule gegangen. Nach dem „Braunschweiger Volksfreund" vom 4. Mai 1931 jammerte er in Zittau, daß er durch die Revolution genau so verarmt sei, wie die deutschen Arbeiter. — —

Bekanntlich ist sein Vater nach offiziellen Statistiken immer noch der reichste Mann von Deutschland.

Nationalsozialistische Arbeiter in den Parlamenten

Im vergangenen Reichstag stellten die Nationalsozialisten 107 Abgeordnete. Davon waren
33 Großgrundbesitzer, Fabrikanten, Kaufleute
31 höhere und mittlere Beamte
19 Rechtsanwälte, Aerzte und freie Berufe
9 pensionierte Offiziere
8 Angestellte und — 7 Arbeiter.

Im Bayerischen Landtag sitzen 43 nationalsozialistische Abgeordnete. Neben einem Landtagsoberbibliothekar, Bergdirektor, Studienassessor, Landgerichtsrat, Facharzt, Zahnarzt, Oberbürgermeister, Diplomingenieur ist nur ein Arbeiter zu finden. (Siehe Zusammensetzung des Landtags — „Bayer. Kurier" vom 26. April 1932).

Das Parlament in Oldenburg hat das Vergnügen, 19 nationalsozialistische Abgeordnete zu besitzen. Unter diesen befindet sich ein Arbeiter.

„Wahre Volksgemeinschaft"

Herr Hitler hat folgenden Ausspruch getan:
„Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrenschicht, die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat zu herrschen, und die diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrecht hält und sichert."

Der Landesleiter der NSDAP. in Thüringen, Sauckell, sagte in einer Rede in Meiningen:
„Das Vorbild unseres Staates ist die deutsche Vorkriegsarmee: Es darf nur Gehorchende und Befehlende geben."

Wie die wahre Volksgemeinschaft in der Praxis aussieht, kann jeder am eigenen Leibe spüren, wenn er sich dem Schlosse des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Hermann Schneider in Eckersdorf (Kr. Namslau) nähert. Herr Schneider hat schon viel von seiner Liebe zu den hungernden und darbenden Massen gesprochen. Seine Hühner haben es wirklich sehr gut. Seine Arbeiter dagegen wohnen in baufälligen Baracken. Und am Eingange zu seinem riesengroßen Park, der ringsum durch Stacheldraht geschützt ist, steht an einer Tafel zu lesen: Das Betreten des Parks ist streng verboten!

Einmal aufrichtig!

In der „Frankfurter Zeitung" vom 26. Januar 1931 veröffentlichte Franz von Unruh folgenden Brief des Leiters der Dresdener NSDAP.: „Zu Ihrer Bemerkung betreffend sozialistischer Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich ausdrücken, will ich Ihnen mitteilen:

Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Text unserer öffentlichen Plakate beirren — der „Zweck heiligt die Mittel." Welche Partei lockt nicht ihre Träger? Sind Sie versichert, mein verehrtester Herr Direktor, wenn Ihnen um Ihre Zukunft bange ist (bezüglich Ihres zur Zeit schwankenden Unternehmens), dann sind Sie nirgends besser geborgen als bei unserer NSDAP. Gewiß, es sind Schlagworte, wie „Nieder mit dem Kapitalismus, Juden" usw. aber selbige sind notwendig . . . .

Wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen . . . sonst würden sie sich nicht bei uns zu Hause fühlen. Mit einem direkten Programm marschieren wir nicht auf — aus diplomatischen Gründen. Das behalten wir uns vor."

NSDAP. — bolschewistisch angehaucht

Das erste Programm aus dem Jahre 1919 bringt einen Abschnitt, der folgendermaßen heißt:

„Die NSDAP. ist eine sozialistische Partei. Sie weiß, daß die freie deutsche Nation erst durch Befreiung der werktätigen Massen Deutschlands von jeder Form der Ausbeutung und Unterdrückung entstehen kann. Die NSDAP. ist eine Arbeiterpartei. Sie bekennt sich zum Klassenkampf der Schaffenden gegen die Schmarotzer aller Rassen und Bekenntnisse. Beseitigung der korrumpierenden Parlamentswirtschaft, Verwirklichung der Selbstverwaltung des arbeitenden Volkes auf der Grundlage der Betriebe . . . Organisatorische Form der Selbstverwaltung ist der Volksräte-Staat . . .

Bündnis mit der Sowjet-Union und Unterstützung der revolutionären Bewegung der ganzen Welt, die sich gegen das internationale Finanzkapital richtet."

Das war allerdings 1919.

Nach der Pressestelle des Bayer. Bauern- und Mittelstandbundes stellt in Nr. 177 ihre Korrespondenz vom 7. Dezember 1931 folgendes fest:

„Herr Landtagsabgeordneter Julius Streicher sagte in einer Wahlrede in Nürnberg nach einem Zitat der „München-Augsburger-Abendzeitung": Zwischen den Zielen der Völkischen und der Kommunisten besteht außer einigen Unklarheiten in der nationalen Einstellung und in der Rassenfrage wenig Trennendes."

In einem Aufruf im „Völkischen Beobachter" vom 29. Oktober 1929 heißt es:

„Wir Nationalsozialisten sind ja auch bereit, wenn es gegen die internationalen Finanzhyänen geht, uns mit den Kommunisten zusammenzutun."

Der sächsische Landtagsabgeordnete Singermann erklärte, daß Bolschewismus und Faschismus ein gemeinsames Ziel hätten.

Ihr wirklicher Sozialismus

Die nationalsozialistische Zeitung „Die Volksparole" schreibt am 7. Januar 1931 folgendes:

„Wir Nationalsozialisten lehnen eine Auseinanderreißung der deutschen Wirtschaft in Arbeitgeber und Arbeitnehmer ab. Wir kennen nur verantwortungsbewußte Arbeitsführer und Arbeitsgefolgschaft. Aus dieser Einstellung heraus fordern wir, daß die Wirtschaftsführer sich an die Spitze der Arbeiterschaft stellen."

Der Wirtschaftsreferent, Major Wagener, sagt in einer Rede am 7. November 1931:

„Bei uns werden Unternehmer und Arbeitnehmer zusammensitzen. Eine Abstimmung wird aber nicht durchgeführt. . . . Künftig werden die Betriebsräte den Unternehmer beraten; entscheiden aber muß natürlich stets der Unternehmer."

Der Verfertiger des Programms der NSDAP., Feder, erklärt im „Völkischen Beobachter" vom 14. 10. 1930:

„Die Forderung von Mitbesitz und Mitbestimmung in Wirtschaftsbetrieben führt unweigerlich zur Wirtschaftsdemokratie, zur Einführung parlamentarischer Formen und Gebräuche und damit zur Auflösung und Zerstörung der Wirtschaft". — Und in einer Rundfunkrede sagte er:

„Für Wirtschaftsdemokratie ist in unserem Staate kein Platz, auch Betriebsräte kommen nicht in Frage. Bei uns gibt es keine öde Gleichmacherei. Der Ertrag sinkt, wenn das Geschwätz anfängt."

An die 19000000 Hindenburgwähler

Hindenburg hat Euch enttäuscht! Wer ist geblieben? Wer ist, trotzdem er gehen mußte, der einzige Retter? Brüning!

Heute ist uns nicht mehr mit dem Bekenntnis allein gedient, daß man Hitler, seine gefährlichen Methoden, die Gehaltlosigkeit, die Planlosigkeit und Gewissenlosigkeit seines Machthungers grundsätzlich ablehnt, was wir brauchen ist das

klare Bekenntnis zu einer Idee

und zu einer Persönlichkeit, die als Träger und vor allem als stoßkräftiger Vorkämpfer dieser Idee gelten kann.

Wir rufen heute alles auf, was gegen Hitler ist, sich einig zusammenzufinden in dem Ziel und der unerschütterlichen Forderung:

Brüning führe uns!

In der Idee, im Ziel wissen wir uns alle mit ihm einig:
Kampf für die Menschenrechte, Kampf für Staat und Familie, Freiheit, Arbeit und Brot, die ungestraft keinem Volk verkümmert werden können, Kampf gegen die drohende Diktatur und Bedrückung.

Partei und Klassengegensätze müssen hinter diesem einen großen Ziel zurücktreten: Es geht um die Existenz im Ganzen und wir müssen mit der ganzen Kraft des Bekennermutes uns dafür entscheiden und einsetzen:

Wir wollen Brüning als Führer.

Um dieses Gebot der Stunde zur Tat werden zu lassen, muß sofort ein über allen Parteien stehender Ausschuß zusammentreten, der als einheitliche Kampffront gegen Hitler und für Brüning alle Kräfte sammelt, die guten Willens sind und von denen vielleicht die besten verloren gehen, weil sie ohne solchen einigenden Ausschuß keinen Weg sehen zu solchem Ziel.

Die Begründung finden die Leser auf S. 3 und 5 in dem Artikel: „Historisch-politische Analyse der deutschen Lage."

Das Großkapital muß vernichtet werden!

In einem Heft der nationalsozialistischen Bibliothek heißt es 1931: „Der Nationalsozialismus wird die soziale Frage lösen, indem er die Macht des Großkapitals bricht. . . . Das ganze deutsche Volk wird heute vom Großkapital ausgebeutet und ausgeplündert." Wie es in Wirklichkeit damit aussieht, dafür einige Beispiele:

Am 5. Januar 1924 gab der Geheime Kommerzienrat Aust vor dem Richter folgendes an: Zum Zwecke einer Besprechung über die bis dahin noch nicht schriftlich veröffentlichten Ziele Hitlers auf wirtschaftlichem Gebiete fand einmal eine Besprechung mit Hitler über diesen Punkt im Büro des Geheimrats Dr. Kuhlo statt, wobei außer diesen auch noch Dr. Nöll, ferner der Vorsitzende des Bayerischen Industriellenverbandes und ich teilnahmen. Durch die bezeichnete Aussprache im Büro des Industriellenverbandes wurde auch noch eine kleine Besprechung im Herrenklub veranlaßt und eine größere Versammlung im Kaufmannskasino. Herr Hitler hielt dort einen Vortrag über seine Ziele. Er fand vielen Beifall, die Anerkennung äußerte sich ferner darin, daß einige Herren, welche mit Hitler nicht bereits persönlich bekannt waren, aber von mir dies annahmen, mir Geldspenden für seine Bewegung übergaben mit der Bitte, sie Hitler zuzuführen."

Ueber eine Geheimkonferenz im Industrieklub in Düsseldorf erzählt die „Rheinische Zeitung" folgendes:

Hitler habe seine zwei großen Ziele erklärt: 1. Vernichtung sämtlicher Gewerkschaften. 2. Die Wiederherstellung aller Rechte der freien Persönlichkeiten des Unternehmertums. Einer der Schwerindustriellen war darüber so begeistert, daß er ausrief: Schon einmal habe ein Nichtpreuße Preußen befreit! Er hoffe, daß es nun wieder einem Nichtpreußen gelingen werde. In diesem Sinne Heil Hitler!

„Der Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, schrieb in seiner Ausgabe vom Montag, den 1. Februar: Hugenberg — Schwerindustrie — Hitler: Hitler sei in der vergangenen Woche in Essen im Ruhrgebiet gewesen. Dort sei das Bündnis zwischen Nationalsozialismus und Schwerindustrie anscheinend perfekt geworden. . . . Was von einer Front, in der Schwerindustrie und Hugenberg führend sind, zu halten sei, das bedürfe keiner besonderen Darlegung. Von ihr sei nichts anderes als eine politische und soziale Reaktion zu erwarten. Ein solches Bündnis müsse von der gesamten Arbeitnehmerschaft auf das schärfste bekämpft werden.

Der gewerkschaftsfeindliche Hitler

Wir haben oben bereits gesehen, daß das eine Hauptziel der NSDAP. nach eigener Aussage ihres Führers die Vernichtung sämtlicher Gewerkschaften ist. Zu ihrer Zersetzung sollen genau wie von den Kommunisten auch von den Nationalsozialisten Zellen in den Gewerkschaften gebildet werden. Auch die nationalsozialistischen Arbeiter hätten in ihren gewerkschaftlichen Verbänden zu verbleiben und dort, gestützt auf die von diesen Verbänden statutarisch verbürgte parteipolitische Neutralität jede Propaganda zugunsten der marxistischen und demokratischen Parteien zu verhindern.

In den Anweisungen zur Gewerkschaftstätigkeit (März 1931) heißt es, daß das Ziel des Verbleibens von Nationalsozialisten in den Gewerkschaften ihre Durchsetzung bzw. völlige Eroberung sei.

Das Ziel aller reaktionären Kreise ist die „Brechung des politischen Einflusses und der Monopolstellung der Gewerkschaften." In seinem Buche „Mein Kampf" hat Hitler bereits eindeutig gegen die Gewerkschaften Stellung genommen. Er bezeichnet sie dort als eines „der fürchterlichsten Terrorinstrumente gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft, die Festigkeit des Staates und die Freiheit der Person." Dieses Ziel hat Hitler auf einer Düsseldorfer Industriellentagung anfangs Februar 1932 offen zugestanden. Das Organ der christlichen Gewerkschaften konnte am 7. Februar 1932 mitteilen, daß dort